# Stadtplanung / Konversion / Wirtschaft
# Rat ö 05.04.2011

**Konversionsfläche Limberg (UWG-Fraktion – ÄA CDU/SPD/FDP/GRÜNE) (TOP 5 k)**
**Beratungsverlauf:**
Herr Peters begründet den Antrag namens der UWG-Fraktion. Er legt dar, dass seine Fraktion der Ansiedlung emissionsstarker Bauunternehmen mit Brecheranlagen oder Asphaltmischanlagen nicht zustimmen werde. Zur Begründung legt er dar, dass der Limberg eine hochwertigere Entwicklung verdient habe, und hebt die Einmaligkeit der Chance zur Realisierung von Wohnbebauung und emissionsarmem Gewerbe hervor. Ferner verweist er auf die Ergebnisse der Perspektivplanung im Jahr 2008, in der die Bürgerinnen und Bürger ihre entsprechenden Vorstellungen dargelegt haben. Die bestehende Chance werde nunmehr von der Ratsmehrheit leichtfertig vergeben. Die Industrieansiedlung Am Limberg werde von der UWG-Fraktion abgelehnt, da hierüber seit zwei Jahren von der Ratsmehrheit nicht mit offenen Karten gespielt werde. Gründe hierfür sieht er einerseits darin, dass es um die Anwerbung eines Unternehmens gehe, das derzeit in einer anderen Stadt ansässig sei, und dass ferner die betroffene Bevölkerung im Stadtteil Dodesheide sich gegen die Ansiedlung ausspreche. Den von den vier anderen Fraktionen vorgelegten Änderungsantrag bezeichnet er als nichtssagend. Die Forderung nach einer größtmöglichen Transparenz weist er als unzutreffend zurück. Er stellt fest, dass an dem schriftlich vorliegenden Änderungsantrag der anderen Fraktionen deutlich werde, dass offensichtlich ausschließlich die Mitglieder der UWG-Fraktion sich gegen die Ansiedlung störenden Gewerbes am Limberg aussprechen.
Herr Henning verweist auf den schriftlich vorliegenden Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP (siehe Anlage). Er kritisiert eine öffentliche Veranstaltung der UWG zu diesem Thema sowie den vorherigen Beitrag von Herrn Peters, dessen Inhalt er als völlig unzutreffend zurückweist. Er weist das gesamte Vorgehen nachdrücklich zurück. Wider besseren Wissens werde die Ansiedlung eines Unternehmens aus dem Landkreis als Tatsache dargestellt. Richtig sei vielmehr, dass hierüber Gespräche geführt werden. Er verweist er auf die umfassende Perspektivplanung. Dabei habe Klarheit bestanden, dass die Ergebnisse des Verfahrens an den realen Gegebenheiten zu messen seien. Das Anliegen zur Ansiedlung eines Unternehmens in der Stadt bezeichnet er als berechtigt. Zur Frage der Bürgerbeteiligung verweist er darauf, dass diese im Rahmen des noch ausstehenden Bebauungsplanverfahrens erfolge. Dieses werde dann eingeleitet, wenn Verträge seitens des ansiedlungswilligen Unternehmens unterschrieben seien. Er verweist auf die Einzelheiten des Änderungsantrages wie geforderte Abstandsflächen und Grünzonen. Die Frage der Abstandsflächen von 40 – 70 m werde bereits in den Ausschüssen erörtert. Er ruft zu einem sorgfältigen Umgang mit den Sorgen der Bürger auf.
Herr Bajus weist namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag der UWG-Fraktion als Profilierungsversuch zurück. Er bringt sein Unverständnis über das Vorgehen der Mitglieder der UWG-Fraktion zum Ausdruck. Er verweist darauf, dass die Entwicklung des Perspektivplanes seinerzeit auch in allen Fraktionen begrüßt wurde und die Ergebnisse seien von Herrn Mierke zustimmend zur Kenntnis genommen worden – ausweislich des Protokolls am 26. August 2010 im Ausschuss für Stadtentwicklung. Alle über den Rahmenplan hinausgehenden Feststellungen bezeichnet er als Mutmaßungen. Im Hinblick auf den zwischen Perspektivplan und Rahmenplan bestehenden Widerspruch habe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Investor durch eine Pressemitteilung aufgefordert, seine Pläne darzulegen. Der jetzige Planungsstand lasse keine Bewertungen zu. Er kritisiert das Vorgehen von Herrn Mierke in der vergangenen Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses, in der dieser gefordert habe, den Bebauungsplan für das Gebiet Am Limberg zurückzustellen. Demgegenüber spricht er sich für einen fundierten und ausführlichen Prozess der Bürgerbeteiligung aus.
Herrn Oberbürgermeister Pistorius hebt hervor, dass die Mitglieder der neuen UWG-Fraktion am bisherigen Konversionsprozess beteiligt gewesen seien und sich nunmehr von den Ergebnissen distanzieren. Er weist die Behauptungen, die die UWG im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit zur Konversionsfläche Limberg einsetzt, als unzutreffend zurück.

Er bedauert insbesondere im Hinblick auf die betroffenen Anwohner, dass das in Rede stehende Verfahren noch nicht weiter gediehen sei, und bittet im Hinblick auf die Komplexität und Kompliziertheit der Planung um Verständnis. Er legt dar, dass die offenen Eigentumsfragen demnächst geklärt sein werden. Die Verträge zwischen dem ansiedlungswilligen Unternehmen und der BIMA werden dabei alle denkbaren Rücktrittsoptionen enthalten. Sobald ein Verfahrensstand erreicht sei, der eine frühzeitige Bürgerbeteiligung ermögliche, werde diese eingeleitet. Über die gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrensschritte hinaus sei eine Informationsveranstaltung vor Ort vorgesehen, in der gemeinsam mit dem betroffenen Unternehmen die Pläne vorgestellt werden und die anstehenden Verfahrensschritte dargelegt werden - sofern denn eine denkbare Machbarkeit der Ansiedlung bei den Gesprächen und einer ersten Prüfung heraus komme. Er erläutert, dass es sich bei der Fläche Am Limberg um ein reines Wohngebiet handele; hierdurch werden alle denkbaren Belastungen gesetzlich limitiert. Die Ansiedlung eines Unternehmens sei in jedem Fall nur möglich, wenn die bestehenden, sehr niedrigen Grenzwerte, unterschritten werden. Das Vorgehen der UWG-Fraktion weist er abschließend nachdrücklich zurück.
Herr Cheeseman bezeichnet die Entwicklung des Perspektivplanes als hervorragendes Verfahren. Im Rahmen des Verfahrens sei beschlossen worden, die bereits kursierenden Gerüchte über die Ansiedlung eines Unternehmens nicht zu thematisieren. Ebenso sei es abgelehnt worden, die Frage der verkehrlichen Anbindung über die A 33 einzubeziehen. Nach ausführlicher Diskussion habe sich die Auffassung herausgebildet, dass im Norden des Gebietes eine Gewerbeansiedlung stattfinden würde. Er erhebt den Vorwurf, dass die Mitglieder der UWG-Fraktion zum wiederholten Mal das St.-Florians-Prinzip anwenden. Er spricht sich im Sinne der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen für die Annahme des vorliegenden Änderungsantrages aus.
Frau Meyer zu Strohen macht deutlich, dass derzeit keinerlei Entscheidungsbedarf bestehe, da das erforderliche Bebauungsplanverfahren noch nicht möglich sei. Sie erinnert daran, dass die Konversionsfläche Limberg 700.000 qm umfasse, und führt aus, dass der nordöstliche Bereich sich hervorragend für Gewerbeansiedlung eigene. Sie macht deutlich, dass für die Umsetzung der Inhalte der Perspektivplanung bisher keinen geeigneten Betreiber bekannt seien und dass die für die Ansiedlung von Gewerbe erforderliche Kompensation in einer Größenordnung von 12 ha vollständig in dem Gebiet der Konversionsfläche liegen werde. Es sei die Anlegung einer Pufferzone in einer Größenordnung von 40 – 70 m Breite ebenso erörtert worden wie die Anlegung eines Walles. Im Sinne der Schaffung von Arbeitsplätzen spricht sie sich namens der CDU-Fraktion für eine Gewerbeansiedlung in der Konversionsfläche Am Limberg aus.
Frau Jabs-Kiesler macht deutlich, dass die Ratsmitglieder, die aus den Wahlbereichen im weiteren Raum der Dodesheide stammen, aufgrund der initiierten Stimmungslage häufig zu den bestehenden Planungen Stellung nehmen müssen. Sie äußert ihre Dankbarkeit im Hinblick auf den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion und hebt die Verantwortung der Ratsmitglieder für die Entwicklung der Gesamtstadt hervor.
Herr Dr. Thiele hebt namens der FDP-Fraktion hervor, dass an der Debatte deutlich werde, dass der Rat einen verantwortungsvollen Umgang mit der Fläche Am Limberg pflege. Er verweist darauf, dass die bisherige Nutzung der in Rede stehenden Fläche erhebliche Beeinträchtigungen für die Anwohner mit sich gebracht habe, und macht deutlich, dass demgegenüber nachhaltige Verbesserungen eintreten werden.
Herr Mierke weist nachdrücklich die Beiträge der Redner der anderen Fraktionen zurück. Er spricht sich namens der UWG-Fraktion ausdrücklich gegen die Ansiedlung emissionsstarken Gewerbes in dem betreffenden Gebiet aus.
Herr Hagedorn verweist Herrn Mierke nochmals auf seine Zustimmung zum Rahmenplan für die Konversionsfläche Am Limberg, wonach die Ansiedlung emissionsstarken Gewerbes ermöglicht werden solle. Er hebt hervor, dass von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das weitere Verfahren in dem von Herrn Oberbürgermeister Pistorius beschriebenen Sinne gesehen werde; es gebe für das anstehende Verfahren keinerlei Vorfestlegungen; vielmehr, sofern ein entsprechender Ansiedlungswunsch bestehe, müsse auf der Grundlage der noch vorzulegenden Planungen ein entsprechendes Abwägungsverfahren durchgeführt werden.

Herr Jasper hebt hervor, dass einerseits Arbeitsplätze ermöglicht werden sollen - andererseits werden diese in der Nachbarschaft von Wohngebieten – teilweise auch in Gewerbegebieten – häufig abgelehnt. Demgegenüber sei der Rat gesamtstädtischen Belangen verpflichtet. Die Verwendung des Begriffes „Verdunklung“ durch Herrn Mierke weist er nachdrücklich zurück.
Er erinnert daran, dass z. B. in den Bürgerforen entsprechende Fragen nach der Konversionsfläche erörtert wurden, und macht deutlich, dass die Verwaltung Gespräche mit den interessierten Investoren führen müsse, um in genauere Überlegungen und die entsprechenden Verfahren eintreten zu können. Er hebt hervor, dass auch in der Vergangenheit die Belange der Bürger beachtet wurden und in die Planungen eingeflossen seien. Er erinnert an die Schwierigkeiten bei der Schaffung des Gewerbegebietes Burenkamp, das zwischenzeitlich in der Bevölkerung akzeptiert werde. In Anbetracht des bevorstehenden Kommunalwahlkampfes bittet er darum, das bevorstehende Verfahren um die Konversionsfläche Limberg nicht emotional aufzuheizen.
Herr Peters fordert die Mitglieder der anderen Fraktionen dazu auf zu erklären, welche Gewerbe von der Ansiedlung Am Limberg ausgeschlossen werden sollten.
Er verweist Herrn Oberbürgermeister Pistorius auf die Beantwortung der Anfrage UWG-Fraktion zur Stadtplanung Am Limberg zur Ratssitzung am 1. März 2011, nach der ein interessiertes Unternehmen sich im März 2009 mit dem grundsätzlichen Interesse an einer Ansiedlung an die Wirtschaftsförderung/Verwaltung gewandt habe, und zieht die Richtigkeit dieser Aussage in Zweifel. Er kritisiert beispielhaft die jetzige Haltung der Fraktionen von SPD und Grünen zur Realisierung des Baugebietes Gartlage als Abgehen vom früheren Standpunkt.
Sodann führt Herr Ratsvorsitzender Thöle die Abstimmung über den schriftlich vorliegenden Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen und FDP-Fraktion wie folgt herbei.

**Abweichender Beschluss:**

1. Der Rat gibt dem Flächenrecycling Vorrang vor der Versiegelung von bisher freien Flächen. In diesem Zusammenhang wird die Absicht verfolgt, auf Teilen der Konversionsfläche Am Limberg Grundstücke für Gewerbebetriebe auszuweisen, und damit einen Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Stärkung der Wirtschaftskraft und der städtischen Finanzlage zu leisten. Der Rat unterstützt in diesem Sinne die Verwaltung beim weiteren Planungsprozess.
2. Zugleich nimmt der Rat die Bedenken, die von Teilen der Anwohnerschaft gegenüber planerischen Vorüberlegungen geäußert werden, sehr ernst und bittet die Verwaltung im Planungsprozess weiterhin größtmögliche Transparenz im Planungsprozess sicherzustellen.
3. Sollte es im Rahmen der aktuellen Bemühungen zur Ansiedlungsabsicht eines oder mehrerer Unternehmen kommen, sind frühestmöglich im Rahmen des dann durchzuführenden Bebauungsplanverfahrens alle nach dem BauGB vorgesehenen Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger auszuschöpfen. Mit den zuständigen Gremien des Rates der Stadt Osnabrück sind ggfs. weitere Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit oder direkter Bürgerbeteiligung festzulegen.
4. Der Rat legt darüber hinaus großen Wert auf eine Gesamtplanung, die neben gewerblichen Flächen ein hohes Maß an Ausgleichs-, Natur-, Naherholungs- und Sportflächen vorsieht. Die Grünen Finger der Stadt müssen dabei quantitativ wie auch qualitativ geschützt werden. Für die bestehende Wohnbebauung muss durch entsprechende Maßnahmen, wie z. B. einen zu prüfenden Lärmschutzwall, ein hohes Maß an Immissionsschutz ermöglicht werden. In diesem Zusammenhang ist eine frühestmögliche Sperrung der Straße Am Limberg und eine Verkehrsführung durch die ehemalige Kaserne, wie im Masterplan Mobilität dargestellt, anzustreben.

**Beratungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen. Der abweichende Beschluss wird mehrheitlich gegen zwei Stimmen angenommen. Die Beschlussfassung über den Ursprungsantrag der UWG-Fraktion entfällt somit.

**Anlage zur Ziffer 15 (TOP 5 k)) Niederschrift Rat öffentliche Sitzung, 05. April 2011**

**CDU-Fraktion**
**SPD-Fraktion**
**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**
**FDP-Fraktion**

Osnabrück, 04. April 2011

**A n t r a g**

**Betreff:** **Konversionsfläche Limberg**
**(Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag der UWG-Fraktion)**

| Beratungsfolge | Sitzungs-datum | Sitzungs-art (NÖ/Ö) | TOP |
|---|---|---|---|
| Verwaltungsausschuss | 05.04.2011 | NÖ | 08k |
| Rat der Stadt Osnabrück | 05.04.2011 | Ö | 05k |

**Inhalt des alternativen Beschlussvorschlags:**

1. Der Rat gibt dem Flächenrecycling Vorrang vor der Versiegelung von bisher freien Flächen. In diesem Zusammenhang wird die Absicht verfolgt, auf Teilen der Konversionsfläche „Am Limberg“ Grundstücke für Gewerbebetriebe auszuweisen, und damit einen Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Stärkung der Wirtschaftskraft und der städtischen Finanzlage zu leisten. Der Rat unterstützt in diesem Sinne die Verwaltung beim weiteren Planungsprozess.

2. Zugleich nimmt der Rat die Bedenken, die von Teilen der Anwohnerschaft gegenüber planerischen Vorüberlegungen geäußert werden, sehr ernst und bittet die Verwaltung im Planungsprozess weiterhin größtmögliche Transparenz im Planungsprozess sicherzustellen.

3. Sollte es im Rahmen der aktuellen Bemühungen zur Ansiedlungsabsicht eines oder mehrerer Unternehmen kommen, sind frühestmöglich im Rahmen des dann durchzuführenden Bebauungsplanverfahrens alle nach dem BauGB vorgesehenen Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger auszuschöpfen. Mit den zuständigen Gremien des Rates der Stadt Osnabrück sind ggfs. weitere Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit oder direkter Bürgerbeteiligung festzulegen.

4. Der Rat legt darüber hinaus großen Wert auf eine Gesamtplanung, die neben gewerblichen Flächen ein hohes Maß an Ausgleichs-, Natur-, Naherholungs- und Sportflächen vorsieht. Die Grünen Finger der Stadt müssen dabei quantitativ wie auch qualitativ geschützt werden. Für die bestehende Wohnbebauung muss durch entsprechende Maßnahmen, wie z.B. einen zu prüfenden Lärmschutzwall, ein hohes Maß an Immissionsschutz ermöglicht werden. In diesem Zusammenhang ist eine frühestmögliche Sperrung der Straße Am Limberg und eine Verkehrsführung durch die ehemalige Kaserne, wie im Masterplan Mobilität dargestellt, anzustreben.

gez. Henning gez. Dr. EH Brickwedde gez. Hagedorn Dr. Thiele